

Der Hayek-Club: Was wir wollen

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitstreiter für eine freiheitliche Gesellschaft im Sinne Friedrich August von Hayeks!

Wir wollen als Club wachsen und eine unüberhörbare Stimme für die Freiheit sein. Wir nennen uns Hayek-Club, weil wir im Geiste der freiheitlichen Sozialphilosophie Hayeks unsere Diskussionen führen. Aber natürlich sind wir nicht dogmatisch. Wir betreiben keine dogmatische Exegese der Werke Hayeks. Sie sind uns Inspiration, weil sie prophetisch vor Gefahren für die Freiheit gewarnt und freiheitliche Gegenwelten skizziert haben.

1944 hat Hayek in seinem Buch „Der Weg zur Knechtschaft“ vor dem schleichenden Verlust von Freiheit gewarnt, wenn ein sozialistischer Staat immer mehr Bereiche des Lebens plant. 1960 hat Hayek eine positive, freiheitliche Utopie in seinem Werk „Die Verfassung der Freiheit“ entworfen.

Kernideal ist demnach ein Rechtsstaat, der gleiches Recht für alle garantiert und so wenig Zwang wie möglich ausübt – und gar keinen willkürlichen Zwang!

Die Marktwirtschaft ist eine freiheitliche Ordnung, weil sie - sofern Wettbewerb herrscht - uns Wahlmöglichkeiten eröffnet und Zwang vermeidet.

Die Marktwirtschaft ist aber in Deutschland keineswegs etabliert, sondern mindestens ein Drittel aller Preise für Güter und Dienstleistungen - so hat es der Sachverständigenrat einmal ausgerechnet - werden staatlich oder öffentlich-rechtlich festgelegt oder in erheblichem Maße mitbestimmt.

Es erfolgt eine Planung des Angebots und eine Lenkung des Verbrauchs – auch über die hohen Steuern und Abgaben für bestimmte Güter, etwa Energie. In sehr vielen Branchen und Berufszweigen herrscht kein Wettbewerb, allenfalls ein verkümmerter Wettbewerb; Preise und Honorare werden von kartellähnlichen Organisationen und Kammern oder beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk von einer semi-staatlichen Kommission festgelegt.

Was mich als Journalisten besonders bekümmert, ist die schleichende Bedrohung der Meinungsfreiheit. Zwang wird nicht nur durch den Staat ausgeübt, er kann auch durch bestimmte drückende Verhaltensnormen erfolgen.

Eine Bedrohung der Meinungsfreiheit sehe ich durch die latente Sprach- und Denksensur der „Political Correctness“. Die PC hat den Korridor des Sagbaren eng gezogen. Es gibt einen erstaunlichen Meinungskonformismus, einen Druck zur „korrekten“ Meinung. Dies ist in jedem Fall demokratie- und freiheitsfeindlich, wenn über bestimmte Themen keine freien Diskussionen mehr möglich sind und nur noch eine, „korrekte“ Sicht geduldet wird.

Auch in der deutschen Politik hat sich eine bleierne Diskussionsfaulheit breitgemacht. Offene Debatten werden unterdrückt mit dem drohenden Hinweis, eine bestimmte Politik sei „alternativlos“. Denken Sie an die Euro-Rettungspolitik. Mit der Totschlagvokabel der „Europafeindlichkeit“ sollen all jene zum Schweigen gebracht werden, die den Weg einer politischen Zentralisierung in Europa für freiheitsgefährdend betrachten.

Ist aber wirklich derjenige ein Europafeind, der den Bruch des Maastricht-Vertrags anprangert, der eine Haftungsübernahme für fremde Schulden verbietet? Ist derjenige ein Europafeind, der es kritisch sieht, wenn die Europäische Zentralbank immer mehr auf das Feld der Staatsfinanzierung vorrückt und immer mehr Risiken zulasten der Steuerzahler in den Kernländern sozialisiert?

Oder denken wir an die Energiewende. Fast über das gesamte Parteienspektrum hinweg und in fast allen Medien wird die planwirtschaftliche Energiewende bejaht. Allenfalls an Details darf Kritik geübt werden. Hayek hätte die Energiewende mit den Ausbauzielen und mehreren hundert staatlich fixierten Kilowattstunden-Preisen für bestimmte Energieträger, Techniken, Anlagengrößen und Regionen als obszöne Anmaßung von Wissen angeprangert.

Woher wissen unsere Politiker, welche Technik in 35 Jahren wie effizient ist? Die bisherigen Technologien, besonders die Solarenergie im sonnenarmen Deutschland, ist irrwitzig teuer. Der Markt als Entdeckungsverfahren der günstigsten Erzeugung ist weitgehend außer Kraft gesetzt. Wir sind Zwangskonsumenten

bestimmten Stroms. Und die Grundsatzfrage, ob wir mit einer Energieplanwirtschaft wirklich das Klima „retten“ – diese Diskussion ist nicht erwünscht.

Der Klimaglaube hat zunehmend religiöse Züge angenommen. Abweichler werden als Ketzer stigmatisiert.

Nicht nur die Energiepolitik ist weitgehend staatlich gelenkt. Auf dem Arbeitsmarkt wird ebenfalls kräftig reguliert und eingegriffen. Aktuelles Beispiel ist der staatlich festgesetzte Mindestlohn. Fast alle Abgeordneten im Bundestag waren dafür – obwohl er ein massiver Eingriff in die Vertragsfreiheit ist und eigentlich ein Fremdkörper in der freiheitlichen Tarifverfassung.

Hier im Hayek-Club gibt es viele Ökonomen, aber wir müssen stets auch über das Ökonomische hinaus blicken. Auch gesellschaftspolitisch motivierte Eingriffe in die Vertragsfreiheit sollten wir entschieden ablehnen.

Etwa die Vorgabe einer bestimmten Quote für Frauen oder vielleicht demnächst für anderweitig definierte Minderheiten, vielleicht einmal im Zuge einer erzwungenen Diversity-Strategie, etwa mit Quoten für sexuelle Orientierung oder für ethnische Hintergründe. Das wäre doch wohl eine erschreckende anti-freiheitliche Vision. Sie wäre das Gegenteil einer Gesellschaft freier Menschen, die ihre Werte leben wollen und sich nicht vom Staat oder anderen Interessengruppen in irgendeinem ideologischen Sinne umerziehen lassen wollen. Der neueste ideologische Schrei ist die „Gender Theorie“.

Wir im Hayek-Club sollten allen Ansätzen staatlicher Umerziehung und Manipulierung entgegenwirken. Das Feld der Anti-Diskriminierungspolitik, über das Professor Habermann gesprochen hat, ist das bevorzugte Schlachtfeld des neuen Egalitarismus geworden, der nicht mehr im alten Sozialismus-Kleid daherkommt, dafür aber nicht weniger freiheitsfeindlich ist.

Anti-Diskriminierung bedeutet erzwungene Gleichbehandlung und Kontrahierungszwang statt der früheren Vertragsfreiheit, die auch eine private Diskriminierung erlaubte. Ohne Angabe von Gründen konnte ein Vermieter einem Mietinteressenten nach seinen persönlichen Vorlieben oder auch Vorurteilen ablehnen. Schließlich ist die Wohnung sein Eigentum. Oder ein Arbeitgeber konnte sich seine Mitarbeiter frei aussuchen. Heute wird die Vertragsfreiheit durch

Gesinnungsschnüffelei ausgehebelt. Das alles deutet tendenziell in die Richtung des staatlich erzwungenen Egalitarismus. Es ist nicht mehr PC, zu sagen: Private müssen das Recht haben zu diskriminieren.

Auch in anderen Fragen, etwa in der Einwanderungspolitik, sind kritische Gedanken gefährlich. Unter Liberalen gibt es einige, die für offene Grenzen plädieren. Aber kann es offene Grenzen und freie Einwanderung und gleichzeitig einen Sozialstaat geben, der wie ein Magnet auf mittellose Einwanderer wirkt? Der Sozialstaat müsste bei einer völligen Öffnung zusammenbrechen. Man kann wohl nur eines haben: Offene Grenzen oder einen offenen Sozialstaat, der nicht nach der Herkunft diskriminiert. Beides zusammen geht nicht.

Außerdem dürften Liberale der Frage nicht mehr ausweichen, wie sie mit der massiven Zuwanderung aus dem islamischen Raum umgehen. Ist der Islam nur eine Religion oder nicht auch oder vielmehr eine Polit-Religion, die eine Trennung von Religion und Staat nicht kennt, tendenziell zur religiös-absoluten Herrschaft strebt? Kann oder soll man jede Religion gleich behandeln, auch wenn eine Religion seit ihrem Gründer einen auffälligen gewalttätigen Kern hat und Andersgläubige strukturell diskriminiert? Kann man gegenüber Intoleranz tolerant sein? Ich meine Nein!

Die von Hayek als Voraussetzung der Freiheit betonte „Rule of Law“ mit der Isonomie, der Gleichheit vor den Gesetzen, wird im Islam strukturell pervertiert, beispielsweise durch die fundamentale Ablehnung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Wie Sie vermutlich wissen, gilt im Scharia-Recht die Zeugenaussage einer Frau nur halb so viel wie die Zeugenaussage eines Mannes. Das gleiche gilt im Erbrecht, wo Frauen strukturell benachteiligt sind. Geben wir die Errungenschaften des liberalen Rechtsstaats auf, wenn man dem Islam als politischer Religion gegenüber tolerant ist? Betreiben viele Liberale hier nicht ein gefährliches Appeasement – auch aus Angst vor Angriffen aus dem Lager der Multikulturalisten?

Die Liste der Themen, die vermintes Diskursgelände sind, ließe sich noch weiter fortsetzen. Erstaunlich, wie heute, im frühen 21. Jahrhundert, ein muffiges Denunziantenklima gegen „geistige Abweichler“ entstanden ist. Und das im 25. Jahr nach dem Mauerfall, nach dem Untergang des realen Sozialismus. „Political Correctness“ ist

aber nichts anders als ein Synonym für geistige Blockaden, einer geistigen Ummauerung.

Die große Meinungsforscherin Elisabeth Noelle-Neumann hat vor mehr als dreißig Jahren ein bahnbrechendes Werk über die Schweigespirale geschrieben. (Frau Noelle-Neumann bekam übrigens 2007 für ihre Verdienste um eine freiheitliche Gesellschaft die Hayek-Medaille der Hayek-Gesellschaft verliehen.) Die Schweigespirale stellt m. E. eine der größten Gefahren für eine freiheitliche Gesellschaft dar: Durch Meinungsdruck wird jener Teil der Bevölkerung zum Schweigen gebracht, der anders denkt.

Aufgabe des Hayek-Clubs ist es daher aus meiner Sicht, möglichst freie Diskussionen zuzulassen. Wir müssen für die Freiheit der Wissenschaft und für eine freie Presse eintreten. Hier soll es keinen Meinungsdruck geben, keine vorgegebene Sichtweise, keinen Korridor „erlaubter“ Meinungen. Es soll die Vielfalt „liberaler“, freiheitlicher Denkansätze zur Geltung kommen. Wir sind nicht parteipolitisch festgelegt, sondern offen und interessiert an intelligenten Debatten.

Wir wollen Ideen entwickeln und Ideen in die Köpfe pflanzen, die dort wachsen und auf weitere Köpfe überspringen. Deshalb wollen wir an Multiplikatoren heran, an Leute aus Medien, aus der Politik, aus der Wirtschaft, der Kultur. Hayek hat von den „second-hand dealers“ der Ideen gesprochen, die sie an breitere Schichten weitertragen und popularisieren.

Vor mehr als einem halben Jahrhundert, kurz nach dem Weltkrieg, wurde Hayek von einem britischen Unternehmer, Antony Fisher, gefragt, was dieser gegen den Vormarsch des Sozialismus und eines alles regulierenden, erstickenden Staates am besten tun könne, wie er sich wirkungsvoll engagieren solle. Hayek riet Fisher von einem direkten politischen Engagement ab: Vielmehr sollte er gemeinsam mit Intellektuellen eine Bildungsoffensive starten. „Der entscheidende Einfluss in der Schlacht der Ideen und der Politik geht von den Intellektuellen aus“, so erinnerte Fisher Hayeks Worte. „Ich sollte zusammen mit anderen eine wissenschaftliche Forschungsorganisation gründen, um Intellektuelle an Universitäten,

Schulen, im Journalismus und Rundfunk mit maßgeblichen Studien zur ökonomischen Theorie des Marktes und ihrer praktischen Anwendung zu versorgen“.

Die entscheidende Formulierung Hayeks war die „Schlacht der Ideen“, die „Battle of Ideas“. Antony Fisher gründete 1955 ein kleines Institut, das Institute of Economic Affairs (IEA). Dieses Institut hat durch Forschungs- und Aufklärungsarbeit den Boden für die großartige Wende der britischen Politik unter Margaret Thatcher hin zu mehr Markt und mehr Freiheit gelegt. Das Beispiel zeigt, dass kein Weg alternativlos ist und dass es immer wieder Chancen für Wenden gibt. Aber dazu braucht es Mut – und Vordenker.

Wir wollen mit unserem Hayek-Club ein kleines Bataillon für die Schlacht der Ideen gründen. Wir wollen Vorträge von Ökonomen, aber auch von Philosophen, Politikern, Soziologen, Naturwissenschaftlern, Historikern, Religionswissenschaftlern, Unternehmern und Menschen aus der Praxis hören und diskutieren.

Ich freue mich, dass Sie beim Hayek-Club mitmachen – und ich freue mich auf viele anregende Vorträge und produktive Diskussionen.

Dr. Philip Plickert